

HINTERGRUNDPAPIER

Die Erfolgsformel des Pariser Klimaabkommens

Erwartungskoordination zwischen Wissenschaft, Politik,
Wirtschaft und Zivilgesellschaft – zur Theory of Change
des Abkommens von 2015

Christoph Bals

Zusammenfassung

Globale Krisen – wie die Klimakrise – erfordern international abgestimmtes Handeln. Doch globale Abkommen haben weder die notwendige Verbindlichkeit noch, wenn es um Umverteilungsfragen geht, die notwendige Legitimität. Die Anläufe der Klimarahmenkonvention, des Kyoto-Protokolls und des gescheiterten Kopenhagen-Abkommens haben allesamt die gewünschten Ergebnisse nicht erreicht. Die Architekt:innen des Pariser Klimaabkommens von 2015 haben deshalb eine innovative Theory of Change entwickelt, um das Problem besser zu lösen. Sie haben damit eine Governance-Struktur errichtet, die versucht, die Erwartungen in Politik, Wirtschaft, Finanzmarkt und Zivilgesellschaft anhand der wissenschaftsbasierten globalen Temperaturziele so zu koordinieren, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Aufwärtsspirale hin zur Zielerreichung steigt. Da die UN immer wieder daran gescheitert ist, liegt die Möglichkeit zu verbindlichem und verteilungsrelevantem Handeln nicht auf dieser Ebene, sondern bei den Einzelstaaten. Diese sehen sich aber dem Erwartungsdruck der UN, der Wissenschaft, des Finanzmarktes, zunehmend der Justiz – und der sich selbst erneuernden Energie der Zivilgesellschaft ausgesetzt. Wenn diese Teilsysteme und die Zivilgesellschaft sich wechselseitig dynamisieren, schafft dies die Chance für eine sich selbst beschleunigende internationale Transformation.

Den internationalen Erwartungsdruck zum konsequenten Handeln könnten in den nächsten Monaten deutlich verstärken: eine intelligent gestaltete Handelspolitik, eine zum kooperativen Handeln anregende Grenzsteuerabgabe (CO₂-Grenzausgleichsmechanismus), eine zwischen wichtigen Vorreitern koordinierte CO₂-Bepreisung, ein Mechanismus mit Abnahmegarantie für Synfuels für den internationalen Flugverkehr sowie eine Vorreiterallianz für – in der Größenordnung angemessene – Instrumente, die den heute oder demnächst von der Klimakrise betroffenen Menschen helfen.

Impressum

Autor:

Christoph Bals

Redaktion:

Tobias Rinn

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn:

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin:

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

September 2021

Bestellnummer: 21-2-08

Eine erste Textfassung, auf deren Grundlage dieser Beitrag entstand, ist in der Festschrift zum 60. Geburtstag von Ottmar Edenhofer erschienen.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/20539

Inhalt

1	Klimapolitik zwischen der Notwendigkeit und den Grenzen internationaler Kooperation.....	5
2	Ambition und Legitimation: Die Pariser Antwort auf diese zentralen Herausforderungen.....	8
2.1	Die drei großen Hürden	8
2.2	Der Versuch, durch das Pariser Abkommen diese Hürden zu überwinden	9
2.3	Paris als Katalysator für die Rolle der Zivilgesellschaft.....	12
2.4	Paris verändert den Erwartungshorizont der Rechtsprechung	12
2.5	Paris als Katalysator für die Transformation der Weltwirtschaft.....	13
2.6	Legitimität und Beschleunigung durch Gerechtigkeit.....	14
3	Nächste zentrale Schritte einer sich selbst beschleunigenden Dynamik des Pariser Abkommens.....	16
3.1	Handelspolitik als Hebel.....	16
3.2	Grenzsteuerabgabe	16
3.3	Ein CO ₂ -Preis-Club	17
3.4	Ein Mechanismus, der für den internationalen Flugverkehr die Nachfrage nach Synfuels garantiert	17
3.5	Instrumente in angemessener Größenordnung für von der Klimakrise betroffene Menschen.....	18
4	Abschluss.....	19
	Dank	20
	Literatur.....	21

1 Klimapolitik zwischen der Notwendigkeit und den Grenzen internationaler Kooperation

Die Kaskade der globalen, menschengemachten Finanz-, Corona-, Klima- und Biodiversitätskrisen, kombiniert mit den Risiken einer oligopolistisch beherrschten internetbasierten Kommunikation, zeigt die dringende Notwendigkeit weltweit abgestimmter Reaktionen zur Eindämmung dieser Krisen. Den global verschränkten Problemlagen, Handels- und Finanzströmen steht jedoch eine globale Governance-Struktur gegenüber, in der „internationale Verträge schnell an die Grenzen ihrer Regelungskapazität [stoßen], sobald verteilungsrelevante Fragen ins Spiel kommen. Das betrifft auch die Eindämmung des Klimawandels. [...] ‚Global Governance‘ ist ein Euphemismus“ (Habermas, 2019, Bd. II, S. 798f.).

Die internationale Klimapolitik ist ein wichtiges Fallbeispiel für dieses Dilemma. Diese ist geprägt von der Spannung zwischen der *Notwendigkeit* einer international koordinierten globalen Rahmensetzung für nationales Handeln und den *Schwierigkeiten* der Etablierung internationaler Abkommen mit *legitimen* und *wirkungsvollen* Handlungsmöglichkeiten. Die Dringlichkeit, diese Spannung aufzulösen, wurde seit Beginn der internationalen Klimadiplomatie um 1990 mit jedem Jahr größer, denn: „Every bit of warming matters, every year matters and every choice matters“ (Lee, 2019). Es stellt sich die Frage, inwieweit das Pariser Klimaabkommen von 2015 diese Spannung auflösen konnte.

Nach einem kurzen Blick auf die Governance-Struktur der Klimarahmenkonvention (1992), des Kyoto-Protokolls (1997) und des gescheiterten Ansatzes beim UN-Klimagipfel von Kopenhagen (2009), analysiere ich die ganz anders, innovativ angelegte Governance-Struktur des Pariser Klimaabkommens (2015) und die Theory of Change dahinter.¹ Sie liefert wichtige Anknüpfungspunkte, um die Erwartungen von Regierungen, aber auch von Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kommunen, Justiz und Finanzmarkt zu koordinieren. Anschließend wage ich – nach dem ersten massiven Härtestest durch die Amtszeit von Ex-US-Präsident Donald Trump – einen Ausblick auf die internationale Klimapolitik im Sommer 2021. Schließlich lenke ich den Blick auf vor uns liegende Herausforderungen der internationalen Klimapolitik. Wichtige Herausforderungen liegen vor uns im Kontext von Handelspolitik, beim geplanten CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, der Etablierung eines CO₂-Preis-Clubs in der G20 sowie einer Inside-Outside-Strategie im Kontext der UN-Klimaverhandlungen, die endlich der Größenordnung der Herausforderung angemessene Instrumente für die Bewältigung der Schäden und Verluste der von der Klimakrise besonders betroffenen Menschen entwickelt.

¹ „Global Governance“ wird hier verstanden als ein internationaler Rahmen von Prinzipien, Regeln und Gesetzen – inklusive einer Reihe von Institutionen, um diese aufrechtzuerhalten –, die das Ziel haben, globale Probleme zu bewältigen. Das kann auch nationale Gesetze beinhalten, die internationale Abkommen umsetzen bzw. dazu dienen, die Ziele internationaler Vereinbarungen zu erreichen. „Theory of Change“ wird hier verstanden als Reflexionsform, die ausgeht einerseits von den Zielen der Problemlösung und andererseits den Herausforderungen auf dem Weg dahin, als Grundlage, um eine Strategie zu entwickeln, wie die Herausforderungen überwunden werden können, damit die Zielerreichung wahrscheinlich wird. Die Theory of Change unterscheidet also zwischen tatsächlichen und angestrebten Ergebnissen einer Governance-Struktur. Und sie entwickelt eine Methode, damit die Beteiligten die angestrebten Ziele und Herausforderungen identifizieren, bevor sie über die Art von Interventionen und Institutionen entscheiden, um diese Ziele zu erreichen.

Rio, Kyoto, Kopenhagen – Drei Anläufe mit beschränkter Wirkung

Der erste Sachstandsbericht des globalen wissenschaftlichen Klimarats IPCC aus dem Jahr 1990 markiert einen Einschnitt. Schon damals gab es einen weitgehenden, in der Folge immer weiter erhärteten wissenschaftlichen Konsens, dass der Großteil des seit 1850 gemessenen globalen Temperaturanstiegs auf den menschgemachten Klimawandel zurückzuführen ist (Powell, 2012, S. 178). Seit dieser Zeit wurde international auch politisch um den Klimaschutz verhandelt, allerdings mit bisher verhaltenem Erfolg in Bezug auf die globalen Emissionen. Von 1990 bis 2019 wuchs die Konzentration der langlebigen Treibhausgase in der Atmosphäre – und damit ihr Beitrag zur globalen Erwärmung – um etwa 45% (UBA, 2020).

In drei Anläufen des internationalen Klimaschutzes bis 2009, ein rechtlich verbindliches Klimaabkommen für alle – oder zumindest alle emissionsmäßig relevanten – Staaten durchzusetzen, gelang es trotz aller Teilerfolge nicht, eine befriedigende internationale Governance-Struktur zu etablieren. Eine Struktur, die für wirkungsvollen Klimaschutz steht und zugleich zum notwendigen transformativen Handeln legitimiert ist – sowie ebenso für den Schutz der von der Klimakrise Betroffenen.

Klimarahmenkonvention / Rio (1992): Auf dem Rio-Gipfel gelang es zwar, im Artikel 2 der Klimarahmenkonvention ein starkes abstraktes Klimaziel zu verankern, nämlich „die gemeinsame aber differenzierte Verantwortung“ (Art. 3.1., UNFCCC, 1992), „die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird“ (Art. 2, UNFCCC, 1992). Aber es scheiterte der zunächst angepeilte Versuch, dieses Ziel in rechtlich verbindliche Reduktionsziele für die stark emittierenden Länder, damals allen voran die Industrieländer, umzusetzen. Vor allem die massive Einflussnahme der fossilen Lobby in den USA führte dazu, dass US-Präsident George Bush sich anders festlegte und diesem Versuch in Rio eine Absage erteilte: „The American way of life is not up for negotiations. Period“ (Bush, 1992, zitiert in: Deen, 2012).

Kyoto-Protokoll (1997): Der zweite Anlauf auf der dritten Vertragsstaaten-Konferenz der Klimarahmenkonvention (Third Conference of the Parties, kurz COP3) in Kyoto war immerhin insofern erfolgreich, als es gelang, rechtlich verbindliche Reduktionsziele für jedes der Industrieländer zu vereinbaren. Die für die Industrieländer verhandelten Ziele sahen eine durchschnittliche Reduktion von etwa 5% gegenüber 1990 bis 2012 vor.² Man nahm hier also nur die inkrementelle Perspektive ein, in kleinen Schritten möglichst kostengünstigen Klimaschutz zu organisieren – noch nicht die transformative Perspektive, auch fossile Pfadabhängigkeiten zu beenden. Tatsächlich sanken die Emissionen in den Industrieländern mit ratifizierten Kyoto-Zielen (inkl. Kanada) bis 2012 sogar um 12%. In neun der teilnehmenden Staaten wurden zwar mehr Treibhausgase ausgestoßen als angestrebt, jedoch durch flexible Mechanismen – also Treibhausgasreduktionen in anderen Ländern – ausgeglichen.

Dieser auf den ersten Blick bemerkenswerte Erfolg des Kyoto-Protokolls hatte jedoch vier dicke Pferdefüße. Erstens: Die Industrieländer, deren Emissionsentwicklung nicht vom Systemwandel in Ost- und Mitteleuropa profitierte, hatten ihre Emissionen nur um 2,7% reduziert. Auch die Finanzkrise von 2007 reduzierte „ungeplant“ die Emissionen. Zweitens: Einige Schlupflöcher – allen voran die Art der Einbeziehung der Wälder und die Ausgestaltung des internationalen Kompensationsmechanismus CDM (Clean Development Mechanism) – schwächten die bereits auf dem Papier geringen Ziele weiter ab. Drittens: Für die globale Emissionsentwicklung noch relevanter war, dass die US-Regierung, seinerzeit noch der weltweit größte Emittent, das Protokoll zwar in Kyoto unterzeichnete, es aber nie ratifizierte und sich im Jahr 2001 – unter George W. Bush – formell davon zurückzog. Dies hätte beinahe zum

² Artikel 3 des Kyoto-Abkommens von 1998. Online abrufbar unter: <https://unfccc.int/sites/default/files/kpeng.pdf> [zuletzt abgerufen am 15.7.2021].

Kollaps des Kyoto-Protokolls geführt. Viertens: Die berechtigte Aussage der Klimarahmenkonvention, die Industrieländer mit ihren hohen historischen Emissionen und starker Wirtschaftskraft sollten vorgehen, wurde nun – für das Klima fatalerweise – so interpretiert, es solle *keinerlei verbindliche Ziele* für die Schwellenländer geben, wo damals zwar ein noch geringer Pro-Kopf-Ausstoß, aber absehbar das größte Potential für Emissionswachstum zu verzeichnen war. Heute emittiert China – in der Kategorie der UN-Klimaverhandlungen immer noch kein Industrieland – so viel wie alle Industrieländer zusammen.³ Dieses Problem wurde noch dadurch verschärft, dass keine dynamische Definition von Industrie- und Entwicklungsländern gegeben wurde, sodass Länder „Entwicklungsländer“ bleiben, auch wenn sie das nach objektiven Kriterien – was etwa Reichtum und Emissionen angeht – nicht mehr sind.

Kopenhagen (2009): Auf der COP15 scheiterte der Versuch, ein Abkommen mit Klimazielen für alle, gestuft entsprechend der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und finanziellen Möglichkeiten, zwischen Industrie-, Schwellen-, und Entwicklungsländern zu vereinbaren. Grund dafür waren neben einer problematischen Verhandlungsführung strukturelle Probleme: Die kurz vorher (2007) ausgebrochene Finanzkrise hatte das Klimathema politisch in den Hintergrund gedrängt – nicht nur Italiens Ministerpräsident Berlusconi nutzte das für Bremsmanöver: „Es ist absurd, in Zeiten der Krise über den Treibhausgas-Ausstoß zu reden – das ist, als ob jemand, der Lungenentzündung hat, über eine Dauerwelle nachdenken würde“ (Zeit Online, 2008). Mehr Schutz für die Wirtschaft war das eine, die Veränderungen der geopolitischen Machtverhältnisse das andere. Als Reaktion auf die Finanzkrise wurde zwischenzeitlich die G20 etabliert, mit wichtigen Schwellenländern, allen voran China, in zentralen Rollen. Zugleich waren alle ernsthaften Versuche, ohne eine Trendumkehr des Emissionswachstums die angestrebten globalen Klimaziele zu erreichen, Makulatur. Nun passte die Einstufung dieser Schwellenländer – allen voran China – im Verhandlungsprozess als „Entwicklungsländer“ nicht mehr. Chinas Rolle in der Welt wurde als ambivalent wahrgenommen. Es wollte klimapolitisch als Entwicklungsland, ansonsten aber als Weltmacht behandelt werden. Die Trennlinie bei der Debatte um Klimagerechtigkeit verlief „nur oberflächlich zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich, zwischen entwickelt und weiterentwickelnd. Die Realität zeigte sich vielschichtiger. Dabei wurde deutlich, dass zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern, die sich in Kopenhagen als G77-Gruppe präsentierten, bereits tiefe Gräben bestehen“ (Leinen, 2010). Der Versuch, transformative Klimaziele mit erheblicher Verteilungswirkung global zu verhandeln und verbindlich zu vereinbaren, erwies sich als längst nicht mit allen wirklich ernsthaft verhandelbar. Es kam zu keiner Einigung.

Der andere strukturelle Konflikt entzündete sich an der Frage, ob Reduktionsverpflichtungen, die erhebliche soziale Umverteilungswirkung haben, tatsächlich „top-down“ und verbindlich festgelegt werden können. Insbesondere die USA und Schwellenländer sahen das als Eingriff in ihre Souveränität und blockierten, während sich viele der besonders verletzlichen Staaten, unterstützt von der EU, dafür einsetzten.

Für zahlreiche Beobachter schien nach dem Desaster von Kopenhagen der UN-Klimaprozess gescheitert. Ein Jahr lang – bis zum Klimagipfel 2010 in Cancún, auf dem dann auch das Erwärmungsziel der Klimakonvention mit „weniger als 2 Grad Erwärmung gegen vorindustriell“ nach 18 Jahren das erste Mal operationalisiert wurde – blieb es unklar, ob es überhaupt einen weiteren Prozess geben würde. Ein neues Mandat für einen neuen Verhandlungsprozess wurde erst mühsam 2011 beim Klimagipfel in Durban verabschiedet. Damit war zwar formal und politisch ein neuer Anlauf der internationalen Klimapolitik möglich. Aber es blieb weiter die Frage im Raum, wie eine Theory of Change aussehen kann, die die eklatante Spannung zwischen immer größerer klimapolitischer Dringlichkeit und schwer zu erreichender Legitimation für eine wirksame Governance-Struktur zu überwinden erlaubt.

³ Vgl. Rhodium Group (2021): China's Greenhouse Gas Emissions Exceeded the Developed World for the First Time in 2019. <https://rhg.com/research/chinas-emissions-surpass-developed-countries/> [zuletzt abgerufen am 15.7.2021].

2 Ambition und Legitimation: Die Pariser Antwort auf diese zentralen Herausforderungen

2.1 Die drei großen Hürden

Die Architekt:innen des Pariser Abkommens mussten die großen Hürden der internationalen Klimapolitik nach den drei Anläufen mit allenfalls begrenztem Erfolg systematisch angehen, um eine erfolgversprechende Theory of Change zu entwickeln.

Erstens: Die klassischen *Probleme kollektiven Handelns* mussten überwunden werden, damit die notwendige Koordination der Regierungen im Rahmen eines internationalen Abkommens auf supranationaler Ebene mit der vor allem auf nationaler Ebene liegenden Wirkmacht und Legitimation für transformatives Handeln verzahnt werden konnten. Wie es unattraktiv für Staaten machen, als Trittbrettfahrer den ernsthaften Klimaschutz den anderen zu überlassen? Wie aus dem Gefangenendilemma ausbrechen, nach dem die für alle sinnvollste Option entschiedenen Klimaschutzes für den einzelnen Staat nur dann rational ist, wenn die anderen auch mitmachen? Wie die Tragödie des kurzfristigen Horizontes überwinden, in der Politik, Finanzsektor und Wirtschaft gefangen sind?

Zweitens: Die Debatte um Klimagerechtigkeit. Welches Temperaturlimit ist notwendig, um das *Unbewältigbare* zu vermeiden? Und welcher Unterstützung in Bezug auf Anpassung sowie Schäden & Verluste bedarf es, um das dennoch Unvermeidbare gemeinsam zu bewältigen? Diese Fragen konkretisierten sich dann in der Debatte, was der faire Anteil jedes Landes für Klimaschutz und -finanzierung ist und ob eine menschenrechtsbasierte Umsetzung gelingen kann. In Kopenhagen hatten sich die Staaten nicht auf gemeinsame Kriterien einigen können, wie Laurence Tubiana, eine der zentralen Architektinnen des Paris-Abkommens, formuliert: „Developing countries insisted they should be allowed to consume fossil fuels just like their richer counterparts had for the past century. Some rich countries — most obviously the U.S. — insisted they wouldn't commit to giving up fossil fuels without developing countries doing the same“ (Tubiana, 11.12.2020).

Drittens: Die Hürden der von Akteur:innen der fossilen Lobby maßgeblich finanzierten „*Propagandaschlacht ums Klima*“ (Mann, 2021). Wissenschaftler von Exxon hatten bereits 1982 Prognosen vorgelegt, die sehr realitätsnah sowohl den bis heute erwarteten globalen Emissionsanstieg als auch den damit einhergehenden Temperaturanstieg prognostizierten (Glaser, 1982). Aber das Unternehmen sowie viele andere Unternehmen in der Öl-, Kohle- und Autoindustrie, allen voran in den USA (Dickinson, 2007), zogen daraus nicht etwa die Konsequenz zu handeln, sondern das notwendige Handeln systematisch zu blockieren. Es ging darum, Zweifel zu säen. Im Sommer 2014 veröffentlichte die Union of Concerned Scientists, eine Vereinigung kritischer US-amerikanischer Wissenschaftler die „Climate Deception Dossiers“ („Klimatäuschungsdossiers“). Sie präsentierten ein Memo, in dem sich eine Koalition von Öl- und Gasfirmen früh das Versprechen gegeben hatte, eine große Kommunikationsoffensive auf den Weg zu bringen, um die Klimawissenschaft zu diskreditieren: „Gewonnen haben wir, sobald der Durchschnittsmensch Zweifel an der Klimaforschung hegt“ (Hall, 2015). Es wurden Top-Klimawissenschaftler:innen diskreditiert. Davon können nicht nur James Hansen, Michael Mann oder in Deutschland Hans Joachim Schellnhuber und Stefan Rahmstorf ein Lied singen.

Michael Mann (Mann, 2021) dokumentiert diese sehr strategisch durchgeführten Aktivitäten. Kurz vor dem Erdgipfel in *Rio* wurde 1991 die erste Konferenz zur Leugnung des Klimawandels durchgeführt. Seit 1995 – als begonnen wurde, *Kyoto* zu verhandeln – gab es einen massiv gesteigerten „von der Industrie finanzierten Widerstand gegen die Wissenschaft“ (ibid., S. 45). In einem faszinierend-teuflischen Doppelspiel fuhr der damalige CEO von Exxon kurz vor dem Gipfel in Kyoto nach China und beschwor die dortige Regierung, keine Reduktionsziele zu akzeptieren. Gleichzeitig spielte dasselbe Unternehmen aber eine zentrale Rolle dabei, den US-Kongress zu überzeugen, Kyoto nicht zu ratifizieren, da China keine eigenen Ziele akzeptiere. Später, kurz vor dem Gipfel von *Kopenhagen* (2009), folgte der Versuch, „einen fingierten ‚Skandal‘“ (ibid., S. 57) mit gestohlenen E-Mails führender Klimawissenschaftler zu inszenieren. „Es gilt als gesichert, dass sowohl Russland als auch Saudi-Arabien eine wichtige Rolle beim Hosten und Verteilen der gestohlenen Emails gespielt haben“ (ibid., S. 60). Schließlich die Wahl von Donald Trump, der den langjährigen Präsidenten und „Geschäftsführer von ExxonMobil (...) zu seinem Außenminister“ (ibid., S. 61) machte: Rex Tillerson. „Seine Regierung versuchte die Sanktionen aufzuheben, die der Ölpartnerschaft zwischen ExxonMobil und Russland im Wege standen“ (ibid., S. 61) – letztlich allerdings vergeblich. Der Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen – zumindest vorübergehend – wurde von Donald Trump nur wenige Monate nach seiner Amtseinführung realisiert.

2.2 Der Versuch, durch das Pariser Abkommen diese Hürden zu überwinden

Die Architekt:innen des Paris-Abkommens zogen in ihrer Theory of Change die Konsequenz, zu akzeptieren, dass ausreichende Handlungsfähigkeit und Legitimität für eine transformative Politik mit ihrer immensen Verteilungswirkung einstweilen nur auf Ebene von Nationalstaaten und Staatenbündnissen wie der EU herzustellen ist.

Die nationalen Ziele des Abkommens werden deshalb – anders als in Kyoto und Kopenhagen – nicht verhandelt, sondern jeder Staat bringt seine zuhause beschlossenen Ziele mit. Katherine Hayhoe hat diese innovative strukturelle Antwort in der Governance-Struktur des Pariser Klimaabkommens mit einem globalen Potluck (Mitbring-Dinner) verglichen (Hayhoe, 2015): Der Gastgeber versucht zwar *die Erwartungen zu koordinieren*, indem er ankündigt, wie viel Essen insgesamt notwendig ist, aber jeder Gast bringt nach eigener Einschätzung etwas mit, am besten basierend auf einem Lieblingsrezept für gelungene Klimapolitik. So kündigte bereits vor dem Pariser Klimagipfel jedes Land seine Intended Nationally Determined Contribution (INDC) an und die Industrieländer nannten ihren Beitrag für die internationale Klimafinanzierung. Im Oktober 2015 – kurz vor den Verhandlungen in Paris – berechnete Climate Action Tracker, dass die angebotenen Ziele dieses Hybrid-Ansatzes aus „bottom-up“ und „top-down“ zwar bei weitem nicht ausreichten, aber immerhin etwa 1°C an globaler Erwärmung verringern würden (Worland, 2020).

Dieses Vorgehen hat *Vorteile*: Erstens ermöglicht es Ownership der Regierungen für ihre selbst vorgelegten Ziele und damit prinzipielle Offenheit für das Verhandeln des Pariser Klimaabkommens auf der COP21. Zweitens: Weil die Ziele der Staaten in eigener Souveränität beschlossen („nationally determined“) und nicht mit anderen verhandelt wurden, müssen diese zuhause nicht ratifiziert, wohl aber umgesetzt werden. An der Hürde der Ratifizierung völkerrechtlich beschlossener Ziele war der Beitritt der US-Regierung zum Kyoto-Protokoll dauerhaft gescheitert, das sollte nicht wieder passieren.

Aber die *Nachteile* des Vorgehens sind auch offensichtlich: Es klaffte nach Paris zwar eine nun kleinere, aber immer noch garstige Lücke zwischen den freiwillig mitgebrachten Beiträgen und dem zur

Eindämmung der globalen Klimakrise notwendigen, im Paris-Abkommen noch einmal verschärften Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C, möglichst sogar auf 1,5°C zu begrenzen. Wie aber trotz Gefangenens- und Trittbrettfahrerdilemmas sowie Tragödie des kurzfristigen Horizonts diese Lücke füllen? Um diese Herausforderungen zu lösen, wurde eine Theory of Change entwickelt, um das Pariser Klimaabkommen *als Wette auf sich selbst verschärfende Ziele des Abkommens* zu konstruieren – mit Anleihen bei der Spieltheorie.

Reputation

Das Abkommen setzt systematisch auf die Rolle der *Reputation*, die als kooperationsfördernder Mechanismus wirkt, „wenn innerhalb einer Gruppe [wie bei den UN-Klimaverhandlungen, Anm. CB] wiederholte Begegnungen stattfinden. Dann hängt das Verhalten des einen Spielers gegenüber einem anderen auch davon ab, wie dieser sich Dritten gegenüber [etwa durch eine Vorreiterrolle im Klimaschutz oder ausreichend Klimafinanzierung, Anm. CB] verhalten hat“ (Nowak/Highfield, 2013, S. 296). Gut eingesetzt, kann Reputation „eine Kraft mit großer Wirkungsmacht [sein], die sich dafür nutzbar machen lässt, die Tragik der Allmende abzuwenden. Bedingung für den Erfolg ist der freie Fluss von Information ohne Zensur oder Meinungsmache“ (ibid., S. 307). Schon vor dem Pariser Abkommen war zu sehen: Wenn große Akteure wie die USA, China und die EU rechtzeitig ambitionierte Ziele ankündigen, löst das – insbesondere in Ländern mit lebendiger Zivilgesellschaft - erheblichen Druck aus, dass auch die anderen nicht ohne angemessenen Beitrag zum Buffet kommen. „The Conferences of Parties are designed to publicly highlight each nation’s commitments and capabilities“ (Hayhoe, 2015).

Nicht nur durch kooperativen Wettbewerb *zwischen den Staaten* ist die dynamisierende Rolle der Reputation im Paris-Abkommen operationalisiert, sondern auch durch drei weitere Weichenstellungen.

Erstens, die Rolle der Wissenschaft: Es gibt regelmäßig IPCC Assessment Reports oder Sonderberichte, die die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Handelns aufzeigen. Sehr wirkungsvoll war hier etwa der in Paris in Auftrag gegebene IPCC Sonderbericht zu 1,5°C (IPCC, 2018). Diese wissenschaftlichen Berichte mit globaler wissenschaftlicher Anerkennung spielen eine wichtige Rolle zur Koordination der Erwartungen von Staat, Wirtschaft, Finanzmarkt und Gesellschaft.

Zweitens, der in Paris festgelegte internationale Rhythmus für eine globale Bestandsaufnahme als Kern des Ambitionsmechanismus von Paris. Diese findet im Rahmen der UN-Klimagipfel alle fünf Jahre statt – erstmals 2018, noch in vorläufiger Form, das nächste Mal – wesentlich strukturierter und umfangreicher – 2023. Diese Bestandsaufnahme hat drei Funktionen:

1. Zu verstehen, an welchem Punkt die Umsetzung der drei Paris-Ziele zu Klimaschutz, Resilienzaufbau und internationaler Unterstützung sowie dem Umlenken der Finanzströme sich derzeit befindet.
2. Zu erkennen, was noch erforderlich ist, um diese Ziele umzusetzen.
3. Zu identifizieren, welche Ansatzpunkte es gibt, um die eigenen Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene zu verstärken. Jeweils in den beiden Folgejahren, also ebenfalls alle fünf Jahre, sollen dann die Staaten ihre jeweiligen nationalen Lang- und Kurzfristziele, die Maßnahmen zu deren Umsetzung und die Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung erhöhen, um so die ärmeren Staaten bei Transformation und Resilienz zu unterstützen.

Eigentlich hätten bis Ende 2020 diese verbesserten Ziele der ersten Nachbesserungsrunde auf dem Tisch liegen sollen. Durch Corona, aber wohl auch, weil viele das Ergebnis der US-Wahlen abwarten wollten, hat sich das nun auf Mitte/Ende 2021 verschoben.

Die folgende Grafik verdeutlicht den innovativen Zielverstärkungsmechanismus des Pariser Klimaabkommens. So soll die Lücke zwischen den unzureichenden mitgebrachten Beiträgen und dem gemeinsam als notwendig Erklärten Schritt für Schritt verringert werden. Der aufgebaute Reputationsdruck beruht – neben den Wissenschaftsberichten des IPCC – auf den Globalen Bestandsaufnahmen (Global Stocktakes) und dem Erwartungsdruck für Zielverschärfungsrunden der Staaten. Die Zivilgesellschaft spielt hierbei eine sehr wichtige Rolle.

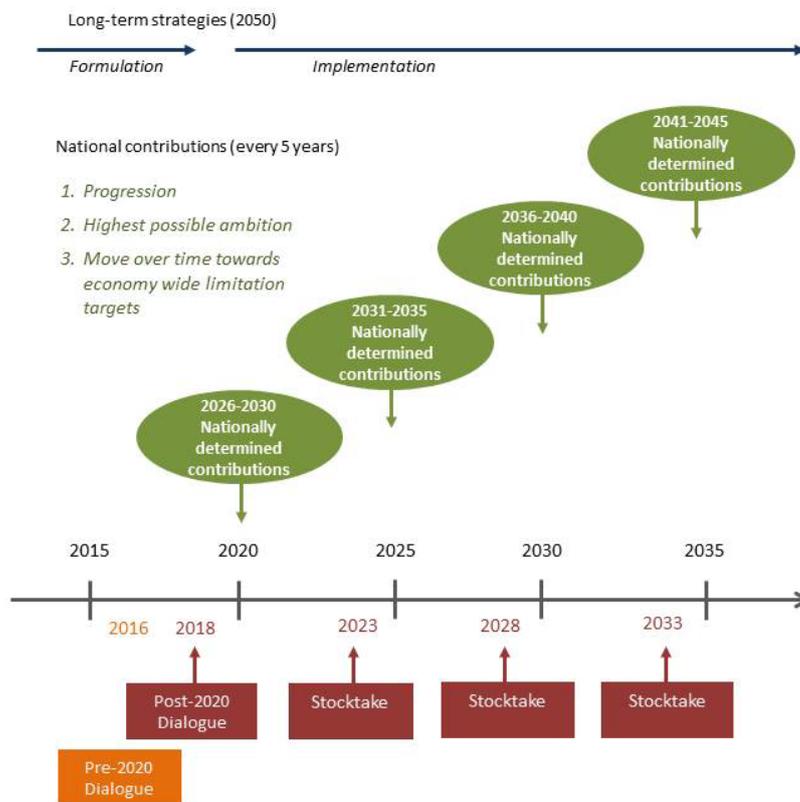


Abbildung 1: Regelmäßige Überprüfungen laut Paris-Abkommen

Quelle: Christoph Bals/Lutz Weischer/Sönke Kreft, Wendepunkt auf dem Weg in eine neue Epoche der globalen Klima- und Energiepolitik, <https://www.germanwatch.org/de/11492>.

Drittens: Die Theory of Change des Pariser Abkommen will nicht nur – wie in vielen klassischen Strukturen der Global Governance – Regierungen (state behaviour) zum Einhalten der Klimaziele motivieren, sondern sie setzt auch auf eine *Koordinierung der Erwartungen* mit der Zivilgesellschaft (human behaviour) sowie Finanzmarkt, Wirtschaft, Technologie und Justiz, etc. (organisational behaviour).

2.3 Paris als Katalysator für die Rolle der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft kann zum einen den Reputationsdruck verstärken, sei es durch Demonstrationen oder wissenschaftsbasierte Instrumente, die den Anreiz zum Handeln deutlich erhöhen: Der Klimaschutz-Index von Germanwatch etwa rankt die Klimaschutz-Performance der 57 am meisten emittierenden Staaten und der EU (<https://germanwatch.org/de/19552>), der Climate Action Tracker vergleicht den Stand der Klimazielumsetzung im Verhältnis zum 1,5°C-Limit (<https://climateactiontracker.org/>), der Climate Transparency Report hingegen die Klimaaktion der G20-Länder (<https://www.climate-transparency.org/g20-climate-performance/the-climate-transparency-report-2020>).

Der sich selbst dynamisierende Prozess des Pariser Klimaabkommens, der seine Dynamik aus der Spannung zwischen wissenschaftsbasiertem und politisch beschlossener Temperaturlimit und den noch zu schwachen nationalen Klimazielen und -maßnahmen speist, hat das Potential, eine quicklebendige Zivilgesellschaft auf die Straße oder Bäume (Hambacher Wald, Dannenröder Forst) zu bringen. „Die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels“ (Fridays for Future: <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>) sind nicht umsonst die zentralen Oberziele von Fridays for Future. Der Grundtenor: Wir fordern nur, was die Wissenschaft auf den Tisch legt und die Regierungen der Welt selbst beschlossen haben. Plötzlich werden demokratische Wahlen zu Klimawahlen. Ohne diesen Druck wären die jüngsten massiven Zielnachbesserungen, etwa in der EU, Deutschland und den USA, wohl nicht gelungen.

2.4 Paris verändert den Erwartungshorizont der Rechtsprechung

Der Klima-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021⁴ – Germanwatch hat gemeinsam mit Greenpeace eine der vier Verfassungsbeschwerden inhaltlich und öffentlich begleitet – zeigt sehr deutlich, wie das Pariser Klimaabkommen den Erwartungshorizont der Rechtsprechung beeinflusst. So hält das Gericht fest: „2. Art. 20a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die Herstellung von Klimaneutralität“ (Leitsatz 2). Und die von der deutschen Regierung ratifizierten und beschlossenen Gesetze haben nun Verfassungsrang. „In Wahrnehmung seines Konkretisierungsauftrags und seiner Konkretisierungsprärogative hat der Gesetzgeber das Klimaschutzziel des Art. 20a GG aktuell verfassungsrechtlich zulässig dahingehend bestimmt, dass der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 C und möglichst auf 1,5 C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist“ (Leitsatz 2d). Und der Art. 20a GG, der bislang von vielen als Grundlage für Sonntagsreden interpretiert wurde, wird nun als „eine justiziable Rechtsnorm“ definiert, „die den politischen Prozess zugunsten ökologischer Belange auch mit Blick auf die künftigen Generationen binden soll“ (Leitsatz 2e).

⁴ Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 (1 BvR 2656/18 - 1 BvR 78/20 - 1 BvR 96/20 - 1 BvR 288/20 - (Klimaschutz), https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html [zuletzt abgerufen am 04.08.2021].

Kurz danach gab es ein weiteres bahnbrechendes Urteil, das zeigt, wie sehr das Paris-Abkommen zunehmend die Rechtserwartungen prägt. Diesmal hat ein Bezirksgericht in den Niederlanden in der ersten Instanz geurteilt und sieben Umweltverbänden in großen Teilen Recht gegeben. Erstmals wurde ein privates Unternehmen verpflichtet, sich an das Übereinkommen von Paris zu halten. „Konkret weist das Gericht Shell an, die CO₂-Emissionen bis 2030 netto um 45 Prozent zu senken (gegenüber 2019). Shell muss sich auch bemühen, die CO₂-Emissionen von Lieferanten und Kunden netto um 45 Prozent zu senken (2030). Und Shell muss dies durch Unternehmenspolitik tun. Dazu muss der Konzern neue Richtlinien schaffen.“⁵

2.5 Paris als Katalysator für die Transformation der Weltwirtschaft

Das Pariser Abkommen wurde auch „als Katalysator für die Weltwirtschaft konzipiert. Es soll Investoren und Unternehmen ein klares Signal geben, in welche Richtung sich die Wirtschaft in Zukunft entwickeln wird“ (Tubiana, 2017).

Ein großer Charme des Paris-Abkommens besteht im Emissionsminderungsziel von Netto-Null-Emissionen für alle Staaten (auch wenn dies zu unterschiedlichen Zeiten erreicht werden kann). Dies bedeutet eine hohe Ambition im Klimaschutz – ohne Netto-Null-Emissionen lässt sich der globale Temperaturanstieg nicht bremsen –, und durch das Ziel der Reduktion auf null, das für alle Staaten gilt, konnten zeitraubende Verhandlungen unter den Staaten vermieden werden, welcher Staat wieviel genau reduzieren müsse und inwiefern die für die jeweiligen Staaten gefundenen Zwischenschritte hin zu diesem Ziel fair seien. Außerdem hat es das Potential, ein „Race to Zero“ der Wirtschaft auszulösen. Wenn alle Staaten in wenigen Jahrzehnten die Emissionen auf null reduziert haben müssen, dann ist klar: die Wirtschaft der Zukunft wird treibhausgasneutral sein. Und das heißt: Wer als Unternehmen in der Zukunft eine führende Rolle spielen will, sollte möglichst schnell das Geschäftsmodell so umbauen, dass dieses nicht länger auf Kohle, Öl und Gas basiert.

Neben ausreichend Klimaschutz (Art. 2a) und Resilienz (Art. 2b) wurde auch ein drittes zentrales Ziel im Pariser Abkommen verankert: die globalen Finanzflüsse in Einklang mit diesen beiden Zielen zu bringen (Art. 2c). In diesem Kontext ist die internationale Klimafinanzierung zu verorten sowie die Erwartung an die internationalen Entwicklungsbanken, ihre Förderpolitik konsequent in Übereinstimmung mit den Pariser Klimazielen und den SDGs zu bringen.

Aber ebenso geht es darum, die „Tragödie des kurzfristigen Horizonts“ der privaten Finanzströme zu brechen. Bei der bisher vorherrschenden extrem kurzfristigen Perspektive des Finanzmarkts, ist zu erwarten, dass jetzt noch sehr viel in fossile Infrastruktur investiert wird, die aber, noch bevor die Anlagen abgeschrieben sind, mit den Klimazielen nicht vereinbar ist. Ein „Klima-Crashkurs“ mit Stilllegung dieser Anlagen könnte dann zu einer neuen Finanzkrise führen. Ein „Weiter so“ würde vermutlich wegen der stark wachsenden Klimaschäden zu einer massiven Krise der Menschheit und eben auch einer Finanzkrise führen. Die Empfehlungen der Task Force des Finanzstabilitätsrates zur Offenlegung von klimabedingten Finanzrisiken (TCFD) – zukunftsorientierte Berichterstattung, wissenschaftsbasierte Ziele, Szenarioanalysen – sind in diesem Kontext wichtige Stichworte, um die als Reaktion in immer mehr G20-Ländern derzeit gerungen wird. Der Endbericht des Sustainable-Finance-Beirats „Shifting the Trillions – Ein nachhaltiges Finanzsystem für

⁵ Martin Jendrischik, Milieudefense gewinnt Klimaklage gegen Shell: Unternehmen muss CO₂-Emissionen schneller reduzieren, 26. Mai 2021, <https://www.cleantinking.de/milieudefense-gewinnt-klimaklage-gegen-shell-unternehmen-muss-co2-emissionen-schneller-reduzieren/> [zuletzt abgerufen am 04.08.2021].

die Große Transformation“ (Sustainable-Finance-Beirat, 2021) entwickelt für Deutschland und die EU konkrete Vorschläge, wie die Ziele des Pariser Klimaabkommens für Finanzsektor und Investoren weiter an Relevanz gewinnen.

Zentral dafür, dass eine schnell wachsende Zahl von Akteuren in der Wirtschaft die notwendige grundlegende Transformation nicht mehr abblockt, sondern nun politische Rahmensetzung und Unterstützung dafür einfordert, war die klare Ansage, dass es darum geht, bis Mitte des Jahrhunderts Treibhausgasneutralität zu erreichen. Da sich nun abzeichnet, dass die meisten G20-Staaten sich auf diese Zielperspektive einlassen, heißt das konkret: spätestens Mitte des Jahrhunderts gibt es keine Perspektive mehr für Unternehmen, die mit ihrem Geschäftsmodell auf fossile Energieträger setzen – und es gilt nun, orientiert an Meilensteinen mit deutlichen Fortschritten, sich dem anzunähern. Der Biden-Gipfel im April 2021 hat gezeigt, welche Dynamik international im „Race to Zero“ entsteht. Anfang Mai 2021 sind es 131 Staaten, die insgesamt 73% der globalen Emissionen repräsentieren und die Treibhausgasneutralitätsziele beschlossen haben oder dies vorbereiten (Climate Action Tracker, 2021b). Der Preisverfall für erneuerbare Energien hat das Potential, diese Dynamik weiter zu beschleunigen: „The collapse in renewable costs in the last three years means that half of this solar and wind technical potential now has economic potential, and by the end of the decade it will be over 90%“ (Carbon Tracker, 2021). Die Internationale Energieagentur, lange der Hort der fossilen und nuklearen Energien, schreibt in ihrem World Energy Outlook von 2020: „Solar becomes the new king of electricity“⁶ Wenn dieses „Race to Zero“, das sich nun abzeichnet, weltweit an Dynamik gewinnt, wären auch das Gefangenendilemma und das Trittbrettfahrerproblem überwunden.

2.6 Legitimität und Beschleunigung durch Gerechtigkeit

Die Theory of Change des Pariser Klimaabkommens setzt auch auf Beschleunigung durch Gerechtigkeit. Vermutlich ist die Zustimmung vieler ärmerer Staaten zum Abkommen nur gelungen, weil es eingebettet war in die 2030-Agenda der Vereinten Nationen mit ihren 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen.

Die Klimafrage hat zwei fundamentale Gerechtigkeitsdimensionen. Die eine davon – die intergenerationelle Gerechtigkeitsfrage – hat der Klima-Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes (Bundesverfassungsgericht, 2021) vom März 2021 prägnant herausgearbeitet: „Das Grundgesetz verpflichtet unter bestimmten Voraussetzungen zur Sicherung grundrechtsgeschützter Freiheit über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen über die Generationen.“ (ibid., Leitsatz 4). Die Freiheit der heutigen Generation endet da, wo sie die Freiheit der nächsten Generationen durch die Klimakrise oder unfair verteilte Klimaschutzmaßnahmen massiv in ihren Freiheitsrechten einschränkt.

Die andere Dimension ist die Kluft zwischen Arm und Reich, sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch zwischen ihnen. Wirksamkeit und Legitimität der Klimarahmenkonvention (1992) hängen zu einem guten Teil daran, dass die Teilnehmer:innen am globalen Potluck und des darauf aufbauenden Pariser Klimaabkommens das Gefühl haben, dass die Klimaschutz- und Klimafinanzierungsbeiträge der Staaten dem Prinzip der schon in der Klimarahmenkonvention verankerten „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“ einigermaßen gerecht werden. Zentraler Hintergrund für

⁶ IEA (2020): World Energy Outlook 2020. Executive Summary. Online verfügbar unter: https://iea.blob.core.windows.net/assets/80d64d90-dc17-4a52-b41f-b14c9be1b995/WEO2020_ES.PDF [zuletzt abgerufen am 15.7.2021].

diese Problemlage: „Die reichsten 10 Prozent (630 Millionen Menschen) sind für über die Hälfte (52 Prozent) der CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2015 verantwortlich. Das reichste 1 Prozent alleine für 15 Prozent, die ärmere Hälfte der Menschheit nur für 7 Prozent“ (Oxfam 2020). Zugleich ist diese ärmere Hälfte der Menschheit weltweit schon jetzt am stärksten von der Klimakrise betroffen – und es bedarf gemeinsamer internationaler Anstrengung, um insbesondere die Resilienz dieser Menschen gegenüber der Klimakrise zu verbessern. Zwar lässt sich die Gruppe der armen Niedrigemittelten längst nicht mehr einfach den Ländern des Globalen Südens und die der reichen Großemittenten nur den Industrieländern zuordnen. Aber wenn CO₂-Neutralität entsprechend dem 1,5°C-Limit des IPCC-Sonderberichts von 2018 (IPCC, 2018) global bis 2050 erreicht werden soll, dann müssten die reichen Staaten entweder deutlich früher dieses Ziel erreichen, um für die armen Länder noch ein Emissionsbudget auch über 2050 hinaus zu belassen. Oder aber es wäre ihre Aufgabe, die zügige Transformation und ausreichende Resilienz in den ärmeren Ländern mit massiv steigender internationaler Klimafinanzierung zu unterstützen.

Klar – Geld ist nicht alles. Geld ist normalerweise nicht die einzige und oft nicht einmal die größte Hürde zum entscheidenden Handeln. Dennoch spricht vieles dafür, dass genügend finanzielle Mittel zwar keine ausreichende, aber eine notwendige Bedingung darstellen: „Transformational change requires the movement of transformational amounts of money“ (Athanasίου, 2021) – und zwar bei Klimaschutz und Resilienz. Die Industrieländer haben in Paris versprochen, dass sie ab 2020 jährlich – und zwar anwachsend – 100 Mrd. US-Dollar an öffentlichen und privaten Geldern dafür mobilisieren werden. Es ist klar, dass diese internationale Klimafinanzierung – für transformativen Klimaschutz, für Resilienz, für die Bewältigung der Klimaschäden – auf ein Mehrfaches anwachsen muss und dass sich spätestens ab 2025 auch die reicheren Schwellenländer immer stärker daran beteiligen sollten.

Wo soll das Geld herkommen? Ein Blick auf die globalen Subventionen für fossile Energieträger und -strukturen zeigt, dass es ausreichen würde, einen Teil davon für internationale Klimafinanzierung umzuwidmen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzte für 2015 die fossilen Subventionen global auf 4,7 (deutsche) Billionen US-Dollar und erwartete für 2017 gar 5,2 Billionen US-Dollar. 85% dieser Subventionen unterstützen Kohle und Öl. Das Abschaffen dieser Subventionen würde demnach nicht nur finanziellen Spielraum für internationale Klimafinanzierung schaffen, sondern laut dieser IWF-Studie die globalen Emissionen um 28% und die Zahl der Toten durch fossil verursachte Luftverschmutzung um 46% senken (Coady et al, 2019).

Eine wachsende Zahl führender Vertreter:innen der Zivilgesellschaft bemerkt mit gutem Grund selbstkritisch: „We have not mounted the same kind of campaign around ramping up international climate finance that we have on domestic ambition“ (Alden Meyer, in: Athanasίου, 2021). Neben den multilateralen Klimafonds sind bi- oder plurilaterale Paris-Partnerschaften (Weischer et al., 2021) bzw. 100%-Erneuerbaren-Partnerschaften ein wichtiges Instrument dafür.

3 Nächste zentrale Schritte einer sich selbst beschleunigenden Dynamik des Pariser Abkommens

Es ist erstaunlich, in welchem Ausmaß das Pariser Klimaabkommen eine Beschleunigung der internationalen Transformation befördert – und dem (zumindest vorerst) letzten massivem Aufstand der fossilen Lobby getrotzt hat. Der Versuch von Ex-Präsident Trump, einen Dominoeffekt zur Unterminderung des Pariser Klimaabkommens anzustoßen, als er in seiner Rede im Rosengarten (vgl. Bals/Hierl, 2017) den Ausstieg aus dem Pariser Abkommen ankündigte, hatte zwar ärgerlichen, aber eben nur begrenzten Erfolg: „Leaders in Brazil, Mexico and Australia were among those who felt empowered to ignore the climate crisis (and their own citizens)“ (Tubiana, 2020). Aber nicht ein Land folgte den USA und stieg aus dem Pariser Abkommen aus. Selbst in den USA sammelten sich in der Bewegung „We are still in“ (<https://www.wearestillin.com/signatories>) viele US-Staaten, Städte und weitere Gruppen wie religiöse Gemeinschaften, Unternehmen und Investoren.

Denn der öffentliche Erwartungsdruck zur Umsetzung des Pariser Abkommens ruht nicht nur auf Nachbesserung der staatlichen Ziele. Alle Sektoren, Städte und die 100 größten Emittenten unter den Unternehmen sollten entsprechende Pläne für ihren Beitrag zur Umsetzung des 1,5°C-Limits vorlegen (vgl. Tubiana/Guérin/Garmann, 2020). Nun, nach dem Wiedereinstieg der USA in die internationale Klimapolitik, scheint eine weitere Selbstdynamisierung von sehr wirkungsvollen Instrumenten zur Koordinierung der Erwartungen nicht nur erforderlich, sondern auch möglich. Hierzu fünf Hinweise.

3.1 Handelspolitik als Hebel

Enttäuschend sind in dieser noch laufenden ersten Nachbesserungsrunde zum Potluck des Paris-Abkommens ganz besonders die eingereichten Beiträge (NDCs) von Australien, Brasilien, Mexiko und Russland. Sie reichten ein annähernd gleiches oder gar schwächeres NDC ein. Beispiel Brasilien: „Instead of enhancing its targets to accommodate changes in its base year emissions, the Bolsonaro administration has used the updated inventory to weaken its targets“ (Climate Action Tracker, 2020). Dies ist ein Verstoß gegen das Paris-Abkommen. Und es wird spannend, ob die anderen Staaten die notwendige Stärke aufbringen, nicht nur mit Anreizen, sondern auch mit Sanktionen zu reagieren. In Bezug auf Brasilien könnte das etwa heißen, die Ratifizierung des geplanten Handelsabkommens zwischen der EU und den sogenannten MERCOSUR-Staaten in Südamerika (MERCOSUR-Abkommen) an eine Nachbesserung der Paris-Ziele und eine stringente Strategie zum Schutz des Regenwalds sowie der Menschenrechte zu binden. In der EU steht diese Debatte an. Dabei ist grundsätzlich zu klären, wie Handelspolitik und –abkommen der EU sicherstellen können, dass sie die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens unterstützen und nicht behindern. Bisher gelten die entsprechenden Klauseln eher als „nice to have“-Regeln, im Zweifelsfall ohne Verbindlichkeit.

3.2 Grenzsteuerabgabe

Die EU legt mit dem Europäischen Green Deal eine neue Ernsthaftigkeit für den Klimaschutz an den Tag. Der seitdem steigende CO₂-Preis hat nun das Potential, die Industrie endlich zu einer schnellen Transformation zu bewegen – insbesondere wenn sie die dafür notwendige flankierende Rahmensetzung und Unterstützung erhält. Eine Schlüsselfrage dabei wird sein, ob es der EU durch einen CO₂-

Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM) gelingt, gleiche Wettbewerbsbedingungen für einheimische und importierte energieintensive Waren zu gewährleisten, so dass die Produktion nicht in Länder mit deutlich weniger stringenter Klimapolitik abwandert und Emissionen nur verschoben werden, anstatt zu sinken. Eine weitere Schlüsselfrage wird sein, ob es gelingt, diesen Mechanismus so auszugestalten, dass er nicht Handelskonflikte auslöst, sondern als klimapolitisch notwendig und fair wahrgenommen wird. Dafür wäre allerdings zentral, dass die EU den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus fair ausgestaltet und dazu starke Kooperationsangebote an die betroffenen Handelspartnerländer für den Klimaschutz in der Industrie macht. Ein zentraler Baustein für einen als kooperativ wahrgenommenen CBAM ist, die Einnahmen der Abgabe einerseits zweckgebunden für die Transformation der Industrie und Stromwirtschaft in weniger reichen, vom CBAM betroffenen Staaten einzusetzen, was unter Umständen über einen internationalen Fonds passieren könnte. Ein weiterer Teil der Einnahmen könnte für die internationale Klimafinanzierung genutzt werden.

3.3 Ein CO₂-Preis-Club

Es ist eine Illusion, im Rahmen des Pariser Abkommens einen globalen CO₂-Preis zu verhandeln. Steuern sind ein elementarer Kernbestandteil der Souveränität von Staaten – und auch ein transformationsrelevanter Emissionshandel wird sich absehbar nicht im Konsens aller Staaten umsetzen lassen. Doch es könnte ein realistischer Pfad sein, dass – möglicherweise angetrieben durch den sanften Druck einer EU-Grenzsteuerabgabe – eine relevante Gruppe von G20-Staaten einen CO₂-Preis-Club etabliert, der die Einnahmen (auch) sozialverträglich nutzt. Wichtig ist, dass auch große Schwellenländer dabei sind. Das erwartete Anspruchsniveau – bei dem ordnungsrechtliche Maßnahmen in ein CO₂-Preis-Äquivalent umgerechnet werden könnten – sollte nach objektiven Kriterien festgelegt werden, könnte dabei aber je nach Reichtum der Länder unterschiedlich sein. Transformative ordnungsrechtliche Maßnahmen könnten in CO₂-Äquivalente umgewandelt werden. Für ärmere Länder sollte es Unterstützungsangebote und abgestufte Anforderungen geben. Es wäre interessant zu prüfen, ob hierfür Thinktanks, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen könnten.

3.4 Ein Mechanismus, der für den internationalen Flugverkehr die Nachfrage nach Syngas garantiert

Am internationalen Flugverkehr sind bislang die globalen Klimaschutzbemühungen – trotz erster Aufforderungen bereits im Kyoto-Protokoll gegenüber der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) – spurlos vorbeigegangen. Brüssel hat den Versuch, entweder den Hin- oder Rückflug aller internationalen Flüge aus der oder in die EU in den EU-Emissionshandel miteinzubeziehen, nach massiven Protesten anderer Industrie- und Schwellenländer zurückgestellt und dem internationalen Mechanismus CORSIA (Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation) eine Chance gegeben, das Problem zu lösen. Aber das völlig unzureichende Kompensationsregime von CORSIA wird dem Problem nicht gerecht. Die EU könnte – gemeinsam mit anderen Staaten, die die Ziele des Pariser Abkommens erreichen wollen – dafür sorgen, dass CORSIA einen Mechanismus aufbaut, der für die Hersteller treibhausgasneutraler synthetischer Brennstoffe garantiert, dass es eine Jahr für Jahr steigende Nachfrage danach gibt. Dies würde diese – bislang einzig absehbare treibhausgasneutrale Möglichkeit des Fliegens – Schritt für Schritt voranbringen, sodass der (vermutlich im Ausmaß verringerte) Flugverkehr im Jahr 2050 treibhausgasneutral sein kann.

3.5 Instrumente in angemessener Größenordnung für von der Klimakrise betroffene Menschen

Die in Artikel 8 des Paris-Abkommens vereinbarte „Aktion und Unterstützung“ für die bereits durch Schäden und Verluste („loss and damage“) vom Klimawandel betroffenen Menschen hat bisher kaum konkrete Konsequenzen gezeitigt. Die Risiken wachsen von Jahr zu Jahr und ihre Größenordnung wird immer deutlicher. Aber es wird auch immer deutlicher, dass es in absehbarer Zeit innerhalb der UN-Verhandlungen keinen Konsens dazu geben wird, Mechanismen und Prozesse zu entwickeln, die in angemessener Weise auf dieses ständig wachsende Problem reagieren. Insbesondere arme Menschen, und dies wieder insbesondere in armen Ländern, sind betroffen. Hier wird der Gerechtigkeitskandal des Klimawandels besonders deutlich: Die ärmere Hälfte der Menschen, die insgesamt nur 7% der Emissionen (Oxfam 2020) freisetzt, ist mit Abstand am massivsten von der Klimakrise betroffen.

Da ein allgemeiner Konsens zur Unterstützung – vor allem aus Angst vor möglichen Haftungskonsequenzen – nicht absehbar ist, wäre es wichtig, eine Vorreitergruppe zu formen; eine Gruppe von besonders verletzlichen Staaten und progressiven Geberländern, die pragmatische, aber wirkungsvolle Maßnahmen entwickeln, die der Größe des Problems angemessen sind. Die Erfahrung der direkt Betroffenen ist dabei ebenso wichtig wie die von Versicherungsunternehmen. Grundlage ist die Analyse der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Ausgangslage und Bedarfe. Die Vorschläge sollten die betroffenen Länder in die Pflicht nehmen, entsprechend der Menschenrechtsmethodologie die verletzlichen Menschen zu identifizieren, sie an der Planung zu beteiligen und für den Schutz ihrer Menschenrechte das Maximum an verfügbaren Ressourcen aufzuwenden. Doch das wird oft nicht reichen. Hier ist die internationale Gemeinschaft – gemäß ihrer größeren Kapazitäten und Verantwortung – gefordert.

Es gibt in diesem Kontext drei Arten von Finanzierungslücken: 1.) Schäden und Verluste durch Extremwetterereignisse, die nicht durch Versicherungsinstrumente abgedeckt sind, 2.) Schäden und Verluste durch slow-onset (langsam eintretende) Prozesse und 3.) nicht ökonomische Schäden und Verluste. Vor dem Hintergrund braucht es ein robustes und dauerhaftes System, mit dem Finanzmittel für Schäden und Verluste verwaltet und verteilt werden können. Dafür könnte ein spezifischer Finanzierungsmechanismus eingerichtet werden, der durch angemessene und verbindliche Beiträge gedeckt ist. Beiträge könnten sowohl von Ländern des Globalen Nordens, Unternehmen der fossilen Industrie, wohlätigen Organisationen, internationalen Organisationen und anderen kommen. Dieser Mechanismus könnte von einer Gruppe von Vorreiterstaaten initiiert werden – ähnlich wie beim Global Fund (globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria). Dieser von den G8 formell befürwortete Finanzierungsmechanismus wurde von den Vereinten Nationen eingesetzt, um die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu unterstützen. Der Global Fund basiert auf einer internationalen Multi-Stakeholder-Organisation. Die Finanzmittel werden sowohl durch Beiträge aus dem öffentlichen wie dem privaten Sektor aufgebracht. Frankreich geht dabei beispielsweise sehr innovativ vor, indem es den Beitrag für den Global Fund über eine Flugticketabgabe erzielt.⁷

Solche Vorschläge sollten Kapazitätsaufbau, technologische Lösungen und finanzielle Hilfestellungen beinhalten. Wenn diese Vorschläge dann entwickelt und getestet sind, sollte in der Folge versucht werden, diese Erfahrungen in den UN-Verhandlungsprozess einzubringen, um auf der Grundlage wegweisender und zugleich pragmatischer Lösungen den Stillstand in den Verhandlungen zu brechen.

⁷Information sheet on the airline-ticket levy: <https://www.cbd.int/financial/interdevinno/france-airlineticketlevy.pdf> [zuletzt abgerufen am 20.7.2021].

4 Abschluss

Die vor uns allen liegende Herausforderung, die Klimakrise einigermaßen rechtzeitig einzudämmen, ist enorm. Wie Laurence Tubiana zurecht betont, gibt das Pariser Klimaabkommen keine Sicherheit, dass die selbst gesteckten Ziele kooperativ erreicht werden, es ist vielmehr „eine Wette“ (Tubiana, 2020) auf eine Selbstdynamisierung des Abkommens. Diese Dekade ist für den Ausgang der Wette entscheidend. Wenn – und nur wenn – dies geschieht, könnte es, wie Jürgen Habermas hofft, tatsächlich „noch rechtzeitig gelingen, dass die internationale Gemeinschaft dieser globalen Herausforderung sogar mit den klassischen Instrumenten des Völkerrechts begegnet“ (Habermas, 2019, Bd. II, S. 799).

Dank

Ich danke meiner Frau Christiane Bals, die neben inhaltlichen Impulsen auch den Anstoß für das Thema gegeben hat, weil sie das Gefühl hat, dass relevante Dimensionen der Theory of Change des Paris-Abkommens auch in der Szene oft nicht im Blick sind. Ich danke Katharina Hierl für konstruktives Gegenlesen und Ergänzen des Textes. Oldag Caspar, David Ryfisch, Laura Schäfer, Eva Schmid, Rixa Schwarz, Manfred Treber und Lutz Weischer danke ich für die wichtigen inhaltlichen Impulse. Tobias Rinn danke ich für die Redaktion des Textes.

Literatur

Athanasίου, 2021: Tom Athanasίου, Biden's Climate Agenda – What's Missing? A fair-shares approach to global climate justice could help save the "net zero 2050" strategy, 10. Mai 2021, <https://fpif.org/bidens-climate-agenda-whats-missing/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Bals et al., 2016: Christoph Bals, Holger Lösch und Ottmar Edenhofer, Der Ausstoß von CO₂ muss kosten. Ein Aufruf von Germanwatch, dem BDI und der Wissenschaft, 1. September 2016, DIE ZEIT Nr. 37/2016, online: 15. September 2016, <https://www.zeit.de/2016/37/klimaschutz-co2-ausstoss-steuer-germanwatch-bdi> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Bals, Hierl, 2017: Christoph Bals und Katharina Hierl, The last battle of the fossil lobby. An analysis of Donald Trump's Speech in the White House Rose Garden on June 1, Hg. v. Germanwatch, Juni 2017, <https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/publication/18701.pdf> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Bundesverfassungsgericht, 2021: Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Carbon Tracker, 2021: The Sky's the Limit: Solar and wind energy potential is 100 times as much as global energy demand, 23. April 2021, <https://carbontracker.org/reports/the-skys-the-limit-solar-wind/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Climate Action Tracker, 2020: Brazil, Update 9.12.2020, <https://climateactiontracker.org/climate-target-update-tracker/brazil/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Climate Action Tracker, 2021a: New momentum reduces emissions gap, but huge gap remains, 23. April 2021, <https://climateactiontracker.org/press/new-momentum-reduces-emissions-gap-but-huge-gap-remains-analysis/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Climate Action Tracker, 2021b: Global update: Projected warming from Paris pledges drops to 2.4 degrees after US Summit: analysis, 4. Mai 2021, <https://climateactiontracker.org/press/global-update-projected-warming-from-paris-pledges-drops-to-two-point-four-degrees/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Coady et al., 2019: David Coady, Ian Parry, Nghia-Piotr Le and Baoping Shang, Global Fossil Fuel Subsidies Remain Large: An Update Based on Country-Level Estimates, IMF-Working Paper No. 19/89, 2. Mai 2019, <https://www.imf.org/en/Publications/Publications-By-Author?author=Baoping++Shang&name=Baoping%20%20Shang> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Deen, 2012: Thalif Deen, U.S. Lifestyle Is Not Up for Negotiation, in: Global Issues, 1. Mai 2012, <https://www.globalissues.org/news/2012/05/01/13527> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Dickinson, 2007: Tim Dickinson, Six Years of Deceit, in: Rolling Stone, 28. Juni 2007, <https://www.rollingstone.com/politics/politics-news/six-years-of-deceit-192430/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Friedrich, 2017: J. Friedrich, Global Stocktake (Article 14). in: D. R. Klein, M. P. Carazo, M. Doelle, J. Bulmer and A. Higham (Hrsg.): The Paris agreement on climate change: Analysis and commentary, Oxford University Press, Oxford 2017, S. 321–337.

- Glaser, 1982: M.B. Glaser, Memo to Exxon Management about CO2 Greenhouse Effect, dokumentiert auf Climatefiles, 2020, <http://www.climatefiles.com/exxonmobil/1982-memo-to-exxon-management-about-co2-greenhouse-effect/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].
- Habermas, 2019: Jürgen Habermas, Auch eine Geschichte der Philosophie, Band 2, Suhrkamp, Berlin 2019.
- Hall, 2015: Shannon Hall, Wie Exxon den Klimawandel entdeckte und leugnete, 13. November 2015, <https://www.spektrum.de/news/wie-exxon-den-klimawandel-entdeckte-und-leugnete/1374674> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].
- Hayhoe, 2015: Katharine Hayhoe, Who Brings What to the Global Potluck?, UCS Science Network, 15. Dezember 2015.
- IEA (2020): World Energy Outlook 2020. Executive Summary, https://iea.blob.core.windows.net/assets/80d64d90-dc17-4a52-b41f-b14c9be1b995/WEO2020_ES.PDF [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].
- Information sheet on the airline-ticket levy, <https://www.cbd.int/financial/interdevinno/france-airlineticketlevy.pdf> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].
- IPCC; 2018: IPCC, 1,5 °C globale Erwärmung – Der IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut, 2018, <https://www.de-ipcc.de/256.php> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].
- Lee, 2019: Paul Watkinson, Hoesung Lee, 2019; Summary report (16 May 2019) on the SBSTA-IPCC special event: Unpacking the new scientific knowledge and key findings in the IPCC Special Report on Global Warming of 1.5°C Katowice, Poland, 4 December 2018, https://unfccc.int/sites/default/files/resource/FINAL_Summary%20Report_SR1.5_16May2019.pdf [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].
- Leinen, 2010: Jo Leinen, Scheitern als Chance, Die Lehren aus Kopenhagen, in: Euractiv, 10. Januar 2010, aktualisiert am 7. März 2014, <https://www.euractiv.de/section/energie-und-klimaschutz/news/scheitern-als-chance-die-lehren-aus-kopenhagen/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].
- Mann, 2021: Michael E. Mann, Propagandaschlacht ums Klima, Verlag Solare Zukunft, Erlangen 2021.
- Nowak, Highfield, 2013: Martin Nowak und Roger Highfield, Kooperative Intelligenz, C.H.Beck, München 2013.
- Oxfam 2020: Oxfam, Klimawandel und Ungleichheit, 21. September 2020, <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].
- Politik, Recht & Gesellschaft, 2020: Auf Wissenschaft hören – Satz des Jahres stammt von Luisa Neubauer, 6. Januar 2020, <https://www.openpr.de/news/1072470/Auf-Wissenschaft-hoeren-Satz-des-Jahres-2019-stammt-von-Luisa-Neubauer.html> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].
- Powell, 2012: James Lawrence Powell, The Inquisition of Climate Science, Columbia University Press, New York 2012.

Rhodium Group (2021): China's Greenhouse Gas Emissions Exceeded the Developed World for the First Time in 2019, <https://rhg.com/research/chinas-emissions-surpass-developed-countries/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Sustainable Finance Beirat, 2021: Sustainable Finance Beirat, Shifting the Trillions, https://sustainable-finance-beirat.de/wp-content/uploads/2021/02/210224_SFB_-Abschlussbericht-2021.pdf [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Tubiana, 2017: Laurence Tubiana, Warum das Parisabkommen wirkt, in: Correctiv, 28. Juli 2017, <https://correctiv.org/aktuelles/klimawandel/2017/07/28/warum-das-paris-abkommen-wirkt/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Tubiana, 2020: Laurence Tubiana, Paris Agreement architect: 2021 will dawn with hope, <https://edition.cnn.com/2020/12/10/opinions/climate-change-paris-agreement-2021-hope-tubiana/index.html> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Tubiana, Guérin, Garmann, 2020: Laurence Tubiana, Emanuel Guérin and Joss Garmann, COP 26 – A roadmap to success, 2020, <https://hoffmanncentre.chathamhouse.org/article/cop26-a-roadmap-for-success/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

UBA, 2020: Umweltbundesamt (UBA), Atmosphärische Treibhausgas-Konzentrationen, 24. Juni 2020, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/atmosphaerische-treibhausgas-konzentrationen> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

UNFCCC, 1992: Klimarahmenkonvention, deutsche Fassung, 1992, <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

UNFCCC, 1998: Kyoto Protocol to the United Nations Framework Convention on Climate Change, <https://unfccc.int/sites/default/files/kpeng.pdf> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Weischer et al, 2021: Lutz Weischer, Sven Morgen, Rixa Schwarz, Martin Voß und Fiona Marker, Paris-Partnerschaften – Ein Beitrag zur Neuausrichtung der deutschen Klimaaußenpolitik an den Zielen des Pariser Klima-Abkommens, 2021, <https://germanwatch.org/de/19693> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Worland, 2020: Justin Worland: At Its Five-Year Anniversary, the Paris Deal Remains the Most Influential Global Framework for Addressing Climate Change, 11. Dezember 2020, <https://time.com/5920387/paris-agreement-laurence-tubiana/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

WRI, 2020: Stepping up NDCs, 2020, <https://www.wri.org/ndcs> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Zeit Online, 2008: EU Gipfel, Wirtschafts- statt Klimaschutz, 11. Dezember 2008, <https://www.zeit.de/online/2008/51/eu-gipfel-klima> [zuletzt abgerufen am 6.8.2021].

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter

www.germanwatch.org

oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.